

Auch der VSED beschäftigte sich im vergangenen Jahr intensiv mit dem Thema Datenaustausch: mit der Abfragemöglichkeit der Einwohnerdienste auf Infostar, der Einführung von Meldepflichten von Kindes- und Erwachsenenschutzrechtlichen Massnahmen, den Lieferungen von Daten an verschiedene Stellen, wie beispielsweise dem EDA, der zukünftigen Erhebungsstelle für Radio- und Fernsehgebühren, dem Aufbau eines zentralen Adressregisters oder der neuen Hundedatenbank Amicus.

Das Thema Datenaustausch wird den VSED auch in den nächsten Jahren weiterhin intensiv beschäftigen.

Im vergangenen Jahr hat sich der Vorstand mit folgenden wichtigen Themen auseinandergesetzt:

- eUmzugCH (Abschluss des Projektes A1.12 und Start der neuen Projektorganisation SP6)
- Personenstandsänderungen im ZGB – Abfragemöglichkeit der Einwohnerdienste in Infostar
- Zentrale Adressdatenbank für die öffentliche Verwaltung
- Sicherheitspapier für Dokumente der Einwohnerdienste
- Elterliche Sorge und Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen im Einwohnerregister
- Abfrageservice VSED für die Kontrolle des KVG-Obligatoriums
- Upgrade und Redesign Website
- Stellenbewertungen in den Einwohnerdiensten
- Überarbeitung des Gutachtens von Alt-Bundesrichter Dr. K. Spühler aus dem Jahre 1992
- Weiterbildung
- Empfehlungen des VSED
- Vernehmlassungen

eUmzugCH

Das seit 2009 von Bund und Kantonen finanzierte eGovernment-Projekt "Elektronische Adressänderung, Wegzug, Zuzug, Umzug (A1.12)" unter der Federführung des VSED wurde per Anfang 2016 in den Schwerpunktplan E-Government Schweiz 2016 bis 2019 aufgenommen. Unter dem kürzeren Namen "eUmzugCH" wird es als strategisches Projekt von E-Government Schweiz weitergeführt. Seit Mitte April ist der Kanton Zürich auf der Basis des durch A1.12 und eUmzugZH gemeinsam erarbeiteten Referenzmodells mit 8 Pilotgemeinden erfolgreich gestartet! Dies ist ein grosser Meilenstein für eUmzugCH und für die weiteren Kantone, die bereits erste Massnahmen geplant haben.

Personenstandsänderungen im ZGB – Zugriff der Einwohnerdienste auf Infostar

Als im August 2015 endlich das Geschäft 14.034 (Beurkundung Personenstand und Grundbuch) mit der langersehnten Änderungen zum ZGB (Abfragemöglichkeit der Einwohnerdienste auf Infostar) in der Rechtskommission traktandiert war, hat der VSED alle Mitglieder der Rechtskommission des Nationalrates sowie die Bundesrätin Sommaruga persönlich angeschrieben und auf die Vorteile des Zugriffs für die Einwohnerdienste aufmerksam gemacht.

Da die weiteren Änderungen im ZGB zum Grundbuch umstritten zu sein schienen, machte sich der VSED für ein Splitting der Vorlage stark, sollte es bei der Geschäftsbehandlung zu kontroversen Diskussionen kommen. Die Vorlage musste aus zeitlichen Gründen verschoben werden und wurde schliesslich am 25. Februar 2016 behandelt. Die Rechtskommission hiess die Änderungen im Personenstand gut; die Änderungen zum Grundbuch hingegen wurden an den Bundesrat zurückgewiesen. Am 26. April wird die Vorlage zur Personenstandsänderung im Nationalrat und voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2016 dann im Ständerat behandelt. Nun heisst es abzuwarten und nochmals Werbung für unser Anliegen zu machen.

Zentrale Adressdatenbank für die öffentliche Verwaltung

Der Bundesrat hat im Anschluss an das Postulat 12.3661 der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats (Adressaustausch zwischen Einwohnerregistern, Post und andern Dateninhabern) eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um eine zentrale Adressdatenbank für die öffentliche Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden zu prüfen. Eine zentrale Adressdatenbank würde viele Verwaltungsprozesse beachtlich vereinfachen. Der VSED wurde im Herbst 2015 durch den Studienleiter zu einer Anhörung eingeladen und konnte zu verschiedenen möglichen Varianten Stellung nehmen. Die für den VSED wichtigsten Punkte waren: Einhaltung des Datenschutzes, Schaffung einer rechtlichen Grundlage, Datenhoheit gegenüber Privaten bei den Gemeinden, kein grösserer Mehraufwand mit Datenlieferungen und Bearbeitung von Fehlermeldungen. Neben dem VSED wurden auch weitere Gremien und Interessensgruppen angehört.

Sicherheitspapier für Dokumente der Einwohnerdienste

In den vergangenen Monaten haben verschiedene Städte und Gemeinden erneut gefälschte Dokumente der Einwohnerdienste festgestellt (Meldebestätigungen, Lebensbescheinigungen oder Wohnsitzbestätigungen). Die wenigsten Gemeinden verwenden ein besonderes Sicherheitspapier für diese Bescheinigungen. Deshalb können solche Dokumente ohne grösseren Aufwand abgeändert oder gefälscht werden. Aufgrund einer positiven Bedürfnisabklärung bei den Mitgliedern vor der letztjährigen GV hat sich die Arbeitsgruppe in den vergangenen Monaten intensiv mit Design, verschiedenen Papierqualitäten, Sicherheitsmerkmalen und Anbietern beschäftigt, diese evaluiert und das Papier getestet. Das Projekt wird an der GV in Zermatt vorgestellt.

Elterliche Sorge / Kindes- und Erwachsenenschutz

Vor eineinhalb Jahren hat Nationalrat Kurt Fluri (FDP/SO, Solothurner Stadtpräsident und Präsident des Schweizerischen Städteverbands) im Parlament das Instrument der Fragestunde genutzt um die Frage zu klären, ob der Bundesrat die Einführung einer Meldepflicht zur elterlichen Sorge und zu den Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen gedenke. Die Antwort von Bundesrätin Simonetta Sommaruga war nicht befriedigend (siehe Jahresbericht vom 2014/2015) und verwies auf die Initiative Joder 11.449, liess aber einen Hoffnungsschimmer offen. Die Bundesverwaltung werde das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht einer Evaluation unterziehen. In diesem Zusammenhang würde der Bundesrat auch die Frage der Publikation der Massnahmen bzw. der Meldepflichten unter den Behörden nochmals anschauen.

Der VSED hat sich im Dezember 2015 über den Stand der Evaluation erkundigt und erfahren, dass die Rechtskommission des Nationalrates über einen neuen Entwurf für die Anpassung von Art. 449c ZGB berät.

Der Entwurf beinhaltete die Meldepflichten aller erwachsenenschutzrechtlichen Beistandschaften gegenüber den Einwohnerdiensten. Leider wurde der Entwurf im Februar 2016 zurückgewiesen. Der VSED hat daraufhin die zuständige Bundesverwaltung angeschrieben und die Notwendigkeit für eine Regelung der Meldepflichten im Erwachsenenschutzrecht erläutert.

Abfrageservice VSED

In den meisten Kantonen ist die Kontrolle der Grundversicherung des Krankenversicherungs-Obligatoriums gemäss Art. 6 KVG an die Gemeinden delegiert und wird meist gleich bei der Anmeldung von den Einwohnerdiensten geprüft. Nach wie vor melden sich deshalb laufend neue Gemeinden und Kantone für den Krankenversicherungs-Abfragedienst des VSEDs (vvk-online) an. Es nutzen nun bereits 500 Gemeinden und 5 Kantone das Tool, mehrere Software-Anbieter haben den Service in ihre Applikation integriert. Erfreulich ist, dass neu auch die Helsana-Gruppe bei vvk-online dabei sein wird. Hingegen hat sich die KPT aus Datenschutz-Überlegungen vorübergehend zurückgezogen. Das Ziel des VSED ist natürlich, dass alle Krankenversicherer beim Abfragedienst mitmachen und der Service seinen grossen Nutzen richtig entfalten kann. Damit die für den Abfragedienst allenfalls noch zu schaffenden rechtlichen Grundlagen in Angriff genommen werden, hat der VSED Bundesrat Alain Berset mit Schreiben vom 4. Dezember 2015 gebeten, er möge die rechtlichen Grundlagen für den Abfragedienst klären und die notwendigen gesetzlichen Anpassungen in die Wege leiten. Damit soll nicht nur eine gesetzliche Grundlage für die Datenauskunft aus dem Versichererregister der Firma SASIS für die Einwohnerdienste geschaffen werden, sondern gleichzeitig die Möglichkeit für eine elektronische Adressabfrage der Krankenversicherer in den Einwohnerregistern geschaffen werden (im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung). Damit würden nicht nur die Krankenversicherer von zahlreichen Einzelanfragen bei den Gemeinden entlastet, auch für die Einwohnerdienste ist ein grosser Effizienzgewinn zu erwarten. Über die technische Ausgestaltung einer solchen Lösung ist noch nichts entschieden.

Stellenbewertungen in den Einwohnerdiensten

Das Stellenbewertungstool wurde an der vergangenen Generalversammlung in Solothurn vorgestellt und interessiert aufgenommen. Mit dem Tool können anhand der konkreten Aufgabengebiete, die in den Einwohnerdiensten anfallen der voraussichtlich notwendige Stellenwert errechnet werden. Diejenigen 33 Gemeinden, die an der Evaluation des Tools mitgewirkt hatten, haben alle für ihre Mitarbeit eine Auswertung für Ihre Abteilung erhalten. Im vergangenen Jahr sind zahlreiche Anfragen eingegangen, für die der VSED gegen eine minimale Aufwandsentschädigung Stellenbewertungen erstellt hat.

Upgrade und Redesign Website

Die Website des VSED www.einwohnerdienste.ch musste aufgrund technischer Fehleranfälligkeit einem Upgrade unterzogen werden. Gleichzeitig wurde das Design überarbeitet und die Struktur der Informationen optimiert. Über 100 Seiten wurden im vergangenen Jahr auf Französisch übersetzt und werden mit der neuen Website aufgeschaltet. Die Übersetzungen auf Italienisch konnten leider aus ressourcentechnischen Gründen noch nicht vorgenommen werden.

Überarbeitung des Gutachtens von Alt-Bundesrichter Dr. iur. K. Spühler aus dem Jahre 1992

Im Auftrag des Schweizerischen Verbandes der Einwohnerkontrollen (SVEK, frühere Bezeichnung des VSED) hat Alt-Bundesrichter Dr. K. Spühler ein umfassendes Gutachten zu Niederlassung und Aufenthalt und den verschiedenen Wohnsitzbegriffen verfasst. Aufgrund der stetigen Zunahme von Anfragen zu rechtlichen Auskünften der Mitglieder, hat der Vorstand beschlossen, das aus dem Jahre 1992 stammende Gutachten überarbeiten zu lassen und ist im Gespräch mit Dr. Heinz Aemisegger (Alt-Bundesrichter und Anwalt).

Weiterbildung

Im vergangenen Jahr hat der VSED im Herbst in Zusammenarbeit mit der Datenschutzstelle Kanton Baselstadt Kurse zum Datenschutz durchgeführt, die bei den Mitgliedern auf grosses Interesse gestossen sind. Ebenfalls rege besucht wurden der Basis- und der Spezialkurs zum Melderecht, die jährlich im Juni und im September stattfinden. Die Kurse eignen sich nicht nur für neue Mitarbeitende von Einwohnerdiensten, sondern auch für langjährige Mitarbeitende, die ihre rechtlichen Kenntnisse auffrischen und ihre Fragen aus der Praxis klären möchten.

Empfehlungen des VSED

Der VSED prüft und koordiniert Anweisungen von Bundesstellen an die Einwohnerdienste. Die Empfehlungen dienen den Mitgliedern als Hilfestellung in ihrer täglichen Arbeit oder können auch Grundlagen für kantonale Verbände für weitergehende kantonsspezifische Empfehlungen sein.

Folgende zwei Empfehlungen wurden im Berichtsjahr publiziert:

- Empfehlung Mitteilungen an EDA während der Übergangsphase (September 2015)
- Empfehlung über die Konfessionen in den Einwohnerregistern (Dezember 2015)

Vernehmlassungen

Der VSED hat sich mit zahlreichen Vernehmlassungen und Anhörungen auseinandergesetzt und zu deren fünf eine Stellungnahme geschrieben:

- Konsultation eID-Systeme vom 10.06.2015
- Vernehmlassung zum Vorentwurf der Verordnung über Schweizer Personen und Institutionen im Ausland (Auslandschweizerverordnung, V-ASG) vom 29.5.2015
- Anhörung Radio- und Fernsehverordnung vom 18.11.2015
- Anhörung Verordnungsanpassungen aufgrund von Neuerungen im Zusammenhang mit dem Dublin/Eurodac-Besitzstand, 7.12.2015.
- Übernahme der EU-Verordnung Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für innere Sicherheit (Weiterentwicklung des Schengener Abkommens) vom 4.2.2016.

Vorstand

Mit dem Wechsel im Präsidium und der Wahl des neuen Vorstandsmitgliedes, Theres Bitterlin, wurden die Aufgaben und Ressorts neu aufgeteilt:

- Präsidium, eCH-Fachgruppe: **Carmela Schürmann** (Zürich)
- Vizepräsidentin, Protokollführung: **Bernarda Perren** (Zermatt)
- Sekretariat, Organisation Generalversammlung, eCH-Fachgruppe: **Walter Allemann** (Wettingen)
- Kassaführung, Buchhaltung, Mutationswesen, Website: **Heinz Gallus** (Chur)
- Weiterbildung, Stv Rechtsauskünfte „erste Hilfe“, Vernehmlassungen: **Fritz Schütz** (Basel)
- eGov, Informationen Website: **Matthias Beuttenmüller** (Solothurn)
- Informationen und Weiterbildung für Mitglieder aus der Romandie, Spezialaufgaben: **Dominique Monod** (Lausanne), **Nicolas Wolleb** (Fribourg)
- Informationen für Mitglieder aus dem Tessin, Koordination Übersetzungen: **Massimo Cavalleri** (Lugano)
- Rechtsauskünfte („Erste Hilfe“): **Jolanda Bischoff** (St.Gallen)
- Projekte und eGov: **Theres Bitterlin**

Der Vorstand hat an sieben Sitzungen (davon eine 2-tägige in St. Gallen) verschiedene Themen, die unseren Verband betreffen, bearbeitet, bisherige Projekte konsolidiert und neue Projekte lanciert. Der Austausch mit einigen Bundesstellen konnte intensiviert sowie neue wichtige Kontakte hergestellt werden.

Auf Ende Verbandsjahr verlässt Jolanda Bischoff den Vorstand, da sie eine neue Herausforderung im Informatikbereich angenommen hat. Wir danken ihr für ihre tatkräftige Mitarbeit, insbesondere bei den verschiedenen Empfehlungen und Vernehmlassungen sowie ihre kompetente Auskünfte zur ersten Hilfe. Wir wünschen ihr alles Gute und viel Erfolg!

Weiterhin unterstützt wurde der Vorstand tatkräftig durch Stephan Wenger, der bis Dezember im Projektausschuss von A1.12 Einsitz hatte und auch weiterhin verschiedene Projekte (Sicherheitspapier, SASIS) betreut.

Mitglieder

Der Mitgliederbestand steigt weiterhin kontinuierlich an. Im Oktober konnte der VSED das 700. Mitglied begrüßen! Am 31. März 2016 verzeichnete der VSED bereits 750 Mitglieder! Die Zunahme beschert dem VSED eine grössere Beachtung durch seine Mitgliederstärke, hat aber einen doch beachtlichen Mehraufwand in der Mitgliederadministration zur Folge. Ein ganz grosses Dankeschön geht deshalb an Heinz Gallus und Maria Lenz von der Stadt Chur.

Generalversammlung

Die 66. Generalversammlung fand am 7. und 8. Mai 2015 in der Stadt Solothurn statt. Das OK mit Matthias Beuttenmüller, Andrea Buchmüller, Irene Büttikofer, Martina Lüthy, Marianne Zanetti und Sarah Bieri hat uns seine schöne Barockstadt mit viel Charme und Herzlichkeit näher gebracht. Am offiziellen Teil der GV nahmen gesamthaft 180 Mitglieder und Gäste teil. Stadtpräsident Kurt Fluri, der sich immer wieder für die Interessen des VSED engagiert, wandte sich ebenfalls mit einem Grusswort an die Versammlung.

Der Vorstand verabschiedete sich mit einer von Matthias Beuttenmüller humorvoll vorgetragenen Rede vom bisherigen Präsidenten Stephan Wenger. Stephan Wenger führte den VSED durch die Jahre 2008 bis 2015. Der VSED hat dank seines grossen Engagements im Projekt A1.12 und bei weiteren durch ihn lancierten Projekten, wie beispielsweise dem Versichertenkartenabfrageservice an Geltung und Einfluss gewonnen. Auch an dieser GV gab es viele interessante Referate zu hören. Bei sommerlichem Wetter hatten die Mitglieder am zweiten Tag auf Spaziergängen um und durch die Stadt Solothurn Gelegenheit, die Schönheiten von Solothurn und seiner idyllischen Umgebung zu bewundern und sich mit anderen Mitgliedern zu vernetzen und auszutauschen. Ein ganz grosses Dankeschön gilt der Stadt Solothurn, Matthias Beuttenmüller und seinem Team für die Organisation und die herzliche Gastfreundlichkeit.

Die 67. Generalversammlung des VSED findet am Fusse des Matterhorns - in Zermatt - statt. Das OK mit Bernarda Perren und ihrem Team hat ein abwechslungsreiches Programm mit tollen Ausflügen und kulinarischen Höhepunkten sowie spannenden Fachreferaten zusammengestellt. Dazwischen bleibt auch genug Zeit für den Erfahrungsaustausch und fürs Fachsimpeln.

Herzlichen Dank

Am Schluss meines ersten Verbandsjahres als Präsidentin danke ich allen, welche sich für den VSED in irgendeiner Form engagiert haben. Mein Dank gilt insbesondere:

- meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand sowie Stephan Wenger und Maria Lenz (Mitgliedererfassung) für die gute Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung;
- der Revisionsstelle für die seriöse Prüfung von Kasse und Buchhaltung;
- den Übersetzerinnen Liliane Saska (d/f) und Aurora Pezzano (d/i) für die wertvolle Dienstleistung;
- unserem Weiterbildungspartner Peter Rütimann und seinem Sekretariat für die professionelle Organisation der fachlichen Weiterbildung;
- der Billag AG und der Post CH AG für die finanzielle Unterstützung unserer Verbandsarbeit;
- den Partnerverbänden für den wertvollen Austausch;
- den Dienststellen des Bundes und der SASIS AG für die partnerschaftliche Zusammenarbeit;
- allen 750 Mitgliedern, welche mit ihrem Engagement den VSED lebendig erhalten.

Zürich, 10. April 2016

Carmela Schürmann
Präsidentin VSED